

Gastbeitrag über die Wichtigkeit des sozialen Zusammenhalts

## **Eine Generation in Aufruhr**

Nadine Masshardt\*

Seit Anfang Jahr erleben wir in unterschiedlichsten Ländern ungeheuerliche Protestwellen: Vorab junge Menschen gehen in Nordafrika, im Nahen Osten und in Europa auf die Strasse. Seit Wochen und Monaten schwelen die Unruhen in Tunis, Kairo, Damaskus oder Tel Aviv, aber auch in Athen, Madrid und jüngst in London.

Die Aufstände und ihre Hintergründe unterscheiden sich teils stark. Einige waren friedlich, andere verlaufen – wie jetzt in Grossbritannien – leider sehr brutal und voller Gewalt. Einige fanden in Diktaturen und Oligarchien statt, andere in demokratisch regierten Ländern. Die Proteste haben aber auch einiges gemeinsam: Sie werden meist von jüngeren Menschen getragen, die in der vorherrschenden Gesellschaftsordnung keine Perspektiven sehen. Sie haben den Eindruck, sie hätten nichts mehr zu verlieren, weil sie fast alles schon verloren haben.

Was sind die Gründe, dass eine ganze Generation – meine Generation – länderübergreifend auf die Strassen geht? Die jungen Menschen kritisieren lautstark eine Politik, die eine kleine Elite immer reicher macht, während es der breiten Masse zunehmend schlechter geht. In Nordafrika richtete sich die Wut vorab gegen Diktatoren. Es war ein Kampf für mehr Demokratie, aber auch gegen Korruption und für mehr soziale Gerechtigkeit. Die jungen „Empörten“ in Spanien protestieren gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit von fast 45 Prozent. In Grossbritannien schreien die Jungen in ihrer Zerstörungswut: „Wir haben keine Jobs und kein Geld. Wir haben keine Zukunft.“ Ihnen dämmert, dass sie die Generation sind, die den Preis für eine verfehlte Politik bezahlen muss – dass es ihnen künftig schlechter gehen dürfte als ihren Eltern. Die Sparpakete treffen die Jungen besonders hart: Sei es beim Abbau der Arbeitslosengelder oder bei Kürzungen des Sozial- und Bildungsbudgets.

Noch sind solche lang andauernde und dermassen viele Menschen bewegende Proteste in der Schweiz undenkbar. Uns geht es im Vergleich noch immer sehr gut. In abgeschwächter Form findet die Entwicklung hin zu mehr Ungerechtigkeit aber auch hier statt: Zunehmend wird eine Politik für wenige Superreiche betrieben. Die Pauschalbesteuerung etwa bevorzugt ausländische Milliardäre und vom Steuerwettbewerb profitieren ebenso die Reichsten. Für den Mittelstand bleibt immer weniger. Daher dürfen wir es nicht zulassen, dass die Arbeitnehmenden die Folgen der Wirtschaftskrise alleine ausbaden müssen. Eine aktuelle Untersuchung der „Handelszeitung“ zeigt aber, dass Grossbanken ihr Top-Management 2010 abermals mit höheren Salären vergoldeten, obwohl gerade sie für die Finanzkrise stark mitverantwortlich sind. Das ist ungeheuerlich.

Auch unser Kanton ist nicht gefeit vor solchen Entwicklungen. Der Mittelstand und die Schwächsten sollen nun die übertriebenen Steuersenkungsgelüste der Bürgerlichen ausbaden. Wenn Bern wie angekündigt massiv sparen muss, trifft es Bildung und Gesundheitswesen überproportional. Von Steuersenkungen hingegen profitieren in erster Linie die Reichsten.

Wer so politisiert, nimmt in Kauf, dass auch bei uns langfristig der soziale Zusammenhalt gefährdet ist. Sozialer Ausgleich schafft Stabilität und Sicherheit. Das ist nicht zuletzt für die Wirtschaft gut, was letztlich auch Milliardären dient.

Politik hat eine wichtige Aufgabe. Sie muss aktuell anstehende Probleme lösen, aber sie muss vor allem auch Perspektiven schaffen. Gerade für meine Generation sowie unsere Kinder und Enkelkinder. Wenn die Politik das nicht mehr schafft, drohen ungemütliche Zeiten.

*\* Nadine Masshardt (26), Grossrätin SP, Historikerin*